

HITZEPLAN

Die Sommer in der Schweiz werden extremer. Städte und Agglomerationen verwandeln sich in Hitzefallen, in denen Beton, Asphalt und fehlende Vegetation das Klima zusätzlich anheizen. Hitzewellen sind längst keine Ausnahme mehr – sie sind zur neuen Realität geworden. Diese Extremereignisse sind nicht einfach nur unangenehm: Sie gefährden die öffentliche Gesundheit, schwächen Ökosysteme, vergrössern soziale Ungleichheiten und bedrohen unsere Ernährungssicherheit.

Besonders betroffen sind ältere Menschen, Kleinkinder, Personen mit chronischen Erkrankungen sowie Menschen, die draussen arbeiten oder auf öffentliche Infrastrukturen angewiesen sind. Die Folgen sind bereits heute spürbar: Hitzewellen führen zu mehr Notfalleinweisungen, verschärfen bestehende Erkrankungen und verursachen Todesfälle. Die Klimakrise führt zur Stärkung der Ungerechtigkeiten. Wir lehnen kosequent eine Schweiz ab, wo die Reichen sich vor der Hitze schützen können, während Menschen, ohne Privilegien unter den schädlichen Konsequenzen des Klimawandels leiden. Deswegen braucht es ein dezidiertes Handeln vom Staat. Die Schwächsten müssen besonders geschützt werden, insbesondere die Kinder und ältere Menschen. Bei Hitzewellen darf kein Mensch allein zuhause vergessen werden. Allein Ende Juni 2025 sind innert zehn Tagen in zwölf europäischen Grossstädten über 2'300 Menschen an den Folgen extremer Hitze gestorben – rund zwei Drittel dieser Todesfälle gelten als direkt durch die Klimakrise verursacht.

Diese Entwicklung ist nicht naturgegeben. Sie ist Ausdruck einer Klimakrise, die politisch verursacht – und politisch lösbar – ist. Wer heute die Klimakrise relativiert, verkennt die Realität: Ohne konsequenten Klimaschutz sind unsere Gesundheit und unsere Lebensgrundlagen akut gefährdet. Es braucht politische Verantwortung – und entschlossenes Handeln.

Die Klimakrise vertieft bestehende Ungerechtigkeiten. Wir lehnen eine Schweiz ab, in der sich nur Reiche vor der Hitze schützen können, während armutsbetroffene Menschen unter den gefährlichen Folgen der Klimakrise leiden. Der Staat muss Verantwortung übernehmen: Niemand darf bei Hitzewellen vergessen gehen – insbesondere Kinder sowie ältere und vulnerable Menschen. Auch am Arbeitsplatz braucht es Schutz: Arbeitgeber*innen haben eine Pflicht, ihre Mitarbeitenden zu schützen.

Wir befinden uns in einer klimatischen Notlage. Sie verlangt politische Prioritäten, massive Investitionen und verbindliche Massnahmen. Es braucht deshalb einen Plan gegen die Hitze. Die GRÜNEN engagieren sich in den Städten, Agglomerationen, Kantonen und auf Bundesebene dafür, die Bevölkerung wirksam vor den Gefahren extremer Hitze zu schützen und gleichzeitig die Klimakrise entschlossen zu bekämpfen. Der vorliegende Hitzeplan definiert praxisnahe, verbindliche Massnahmen, um Städte zu kühlen, die Gesundheit zu schützen und soziale Gerechtigkeit zu fördern. Damit schaffen wir die Grundlage für eine resiliente Schweiz, in der Mensch und Umwelt auch an heissen Tagen geschützt sind.

UNSERE FORDERUNGEN:

Städte und Agglomerationen kühlen

- Kommunale Massnahmen finanzieren: Ein nationaler Klimaanpassungsfonds soll Städten und Gemeinden die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, um wirksame Hitzeschutzmassnahmen zu finanzieren.
- Raumplanung hitzeresilient gestalten: Die Raumplanung muss auf allen Ebenen verbindliche Vorgaben zum Hitzeschutz enthalten. Dafür braucht es eine gesetzliche Verankerung.
- Versiegelte Flächen zurückbauen: Der Bund soll nationale Ziele für die Entsiegelung von Böden und deren Wiederbegrünung setzen. Entsiegelte Flächen speichern weniger Wärme und verbessern das Stadtklima nachhaltig.
- In Bäume und Wasser investieren: Städte brauchen mehr Bäume, Wasserflächen und kühlende Infrastrukturen. Dies muss in Raum- und Bauplanung berücksichtigt werden; mit verbindlichen Begrünungsquoten und Schwammstadt-Konzepten.
- Aktionsplan Bäume: Bis 2050 soll die Baumkronenfläche in dicht besiedelten Gebieten auf 40% steigen. Bäume im öffentlichen Raum müssen endlich bepriest und planerisch besser geschützt werden, um unnötige Fällungen zu verhindern.
- Energetisch sanieren: Die energetische Sanierung muss gezielt gefördert werden.
- Recht auf Schatten im öffentlichen Raum: Der öffentliche Raum muss auch bei Hitze zugänglich bleiben. Wartezonen an öV-Haltestellen oder anderen Aufenthaltsorten müssen beschattet werden.

Gesundheit schützen

- Hitzeaktionspläne konsequent einführen: Alle Kantone müssen über einen Hitzeaktionsplan verfügen. Der Bund definiert dafür verbindliche Standards und sorgt für die nationale Koordination. Die Pläne enthalten klare Warnstufen mit automatisch greifenden Massnahmen wie Schattenangebote, flächendeckende Trinkwasserversorgung, Kommunikationsstrategien bei Hitzewellen sowie gezielter Unterstützung vulnerabler Gruppen.
- Mietrecht anpassen: In Wohnungen braucht es verpflichtende Hitzeschutzmassnahmen. Bei unzumutbarer Hitze sollen Mieter*innen Anspruch auf eine automatische Mietzinsreduktion haben.
- Gesundheitssystem vorbereiten: Spitäler, Praxen und Pflegeinstitutionen müssen auf zunehmende Hitzebelastung vorbereitet werden – mit baulichen Anpassungen, Prävention und einer Strategie.

gie zur Dekarbonisierung des Sektors.

- **Pflegeeinrichtungen schützen:** Der Bund muss für Pflegeinstitutionen verbindliche Hitzeschutzstandards festlegen – von Schulungen von Personal über bauliche Anpassungen bis zu Klimaanlage, wo energetische Sanierungen nicht zeitnah möglich sind. Diese Anpassungen sollen mit Bundesmitteln – etwa aus dem Klimafonds – unterstützt werden. Zudem muss die Hitzekompetenz in alle medizinischen und pflegerischen Ausbildungen integriert werden.
- **Schulen hitzeresilient machen:** Kinder müssen auch im Schulalltag vor Hitze geschützt werden. Der Bund muss daher im Bildungsbereich einen Schwerpunkt Hitzekompetenz schaffen: mit Leitlinien, Merkblättern und Schulungskonzepten. Diese beinhalten Empfehlungen zu baulichen Massnahmen, Lüftungsverhalten, flexibler Unterrichtsgestaltung an Hitzetagen und nötigenfalls dem Einbau von Klimaanlage.
- **Sanierungen fördern:** Der Bund stellt Fördergelder für energetische Sanierungen und gezielte Hitzeschutz-Umbauten in sozialen und medizinischen Einrichtungen bereit. Auch Zwischenlösungen wie Klimaanlage sind dort zu fördern, wo andere Massnahmen (noch) nicht greifen.

Arbeitsbedingungen anpassen

- **Hitzeschutz am Arbeitsplatz gesetzlich verankern:** Arbeitgeber*innen sollen ab 26 Grad Massnahmen zum Schutz der Gesundheit ergreifen müssen – dazu gehören längere Pausen, Verschattung, kostenlose Getränke oder reduzierte Arbeitszeiten. Wird dieser Pflicht nicht nachgekommen, sollen Arbeitnehmende ein Recht auf Hitzefrei haben.
- **Schwere Arbeit bei grosser Hitze unterbrechen:** Ab 30 °C und ohne dauerhaften Schatten müssen besonders belastende Tätigkeiten im Freien eingestellt oder angepasst werden.
- **Pflicht zur Temperaturerfassung:** Betriebe sollen verpflichtet sein, die Temperaturen an Arbeitsplätzen zu messen und bei Überschreitung kritischer Werte automatisch Schutzmassnahmen einzuleiten.
- **Kein Nachteil durch Unterbruch:** Bei hitzebedingten Arbeitsunterbrechungen darf keine Verzugshaftung entstehen – die Gesundheit geht vor.
- **Ausfallfonds für Betriebe:** Ein Schlechtwetterfonds soll Unternehmen für hitzebedingte Arbeitsausfälle entschädigen und so Planungssicherheit schaffen.
- **Recht auf Homeoffice:** Bei extremer Hitze muss das Arbeiten im Homeoffice ermöglicht werden – sofern es die Tätigkeit erlaubt.

Hitze sichtbar machen

- Hitzebelastung schweizweit erfassen: Die urbane Hitzebelastung muss systematisch und landesweit erhoben werden – als Grundlage für gezielte Schutzmassnahmen.
- Nationale Hitzekarte etablieren: Die Daten fliessen in eine regelmässig aktualisierte Hitzekarte ein, die besonders betroffene Quartiere identifiziert und transparent macht.
- Hitze als Naturgefahr anerkennen: Hitze soll als eigenständige Naturgefahr gelten und in die Naturgefahrenkarte des Bundes aufgenommen werden – für eine klimaangepasste Raumplanung.

Gewässer schützen

- Phosphoreinträge senken: Die Phosphorbelastung in vielen Schweizer Seen ist weiterhin zu hoch – insbesondere durch landwirtschaftliche Einträge und Abwasser. Der Bund muss verbindliche Reduktionsziele setzen und Kantone zur beschleunigten Sanierung belasteter Seen verpflichten.
- Warnsysteme bei Hitze: Hitzeperioden begünstigen die Ausbreitung von Blaualgen oder anderen Risiken. Die Bevölkerung muss rechtzeitig gewarnt werden – durch schweizweit koordinierte Informationssysteme zur Gewässernutzung.
- Trinkwasser sorgsam nutzen: Der tägliche Trinkwasserverbrauch ist hoch, obwohl nur ein Bruchteil zum Trinken verwendet wird. Die Nutzung von Regen- oder aufbereitetem Abwasser sowie wassersparende Technologien müssen gezielt gefördert werden.
- Naturnahe Gewässer fördern: Die Renaturierung von Flüssen und Bächen, die Festlegung von Gewässerräumen und der Rückbau harter Ufern sichern Biodiversität und Wasserqualität – und helfen, Hitzefolgen ökologisch abzufedern.
- Wasserressourcen gerecht verteilen: Es braucht eine nationale Strategie für die faire und effiziente Wasserverteilung zwischen Haushalten, Landwirtschaft, Natur und Industrie.

Landwirtschaft klimaresilient machen

- Hitzeresistente Sorten fördern: Es braucht die gezielte Förderung von robusten Kulturen, widerstandsfähigen Sorten sowie Anbaumethoden, die Böden schützen und Wasser besser speichern.
- Wassermanagement verbessern: Eine nationale Wasserstrategie für die Landwirtschaft soll einen nachhaltigen Umgang mit Wassern sichern.
- Bäuerliche Betriebe unterstützen: In akuten Hitzekrisen sollen landwirtschaftliche Betriebe schnell und unbürokratisch Unterstützung erhalten.

Ursachen bekämpfen

- Klimafonds dauerhaft verankern: Die GRÜNEN fordern die Schaffung eines dauerhaften nationalen Klimafonds. Er soll jährlich ausreichende Mittel bereitstellen – für Klimaschutz, Energiewende, Biodiversität, Hitzeschutz, soziale Gerechtigkeit und zur Bewältigung der Folgen der Klimakrise. So kann gezielt finanziert werden, was die Bevölkerung dringend braucht: Schutz, Versorgung und zukunftsfähige Strukturen.
- Sparpaket stoppen: Statt mit Sparpaketen auf die Klimakrise zu reagieren, braucht es jetzt mutige Investitionen. Kürzungen bei Klimaschutz und öffentlicher Infrastruktur treffen besonders jene, die ohnehin schon unter der Hitze leiden – das ist weder sozial noch verantwortungsvoll. Der Staat muss handeln, nicht sparen.

DIE FORDERUNGEN IM DETAIL

Städte kühlen – Begrünung vor Beton

Städtische Hitzeinseln entstehen dort, wo Flächen versiegelt sind und zu wenig Schatten, Wasser und Vegetation vorhanden sind. Um die zunehmende Hitzebelastung in urbanen Räumen zu verringern, braucht es deutlich mehr Grünflächen und eine klare Begrünungsstrategie in Bau- und Planungsfragen. Städte und Gemeinde müssen in die Lage versetzt werden, Begrünungsquoten umzusetzen, betonierte Flächen zu entsiegeln und in Bäume, Wasserflächen und „Schwammstadt“-Projekte zu investieren. Dafür braucht es auch entsprechende finanzielle Mittel, etwa über einen nationalen Klimaanpassungsfonds. Neue Bauvorhaben sollen grundsätzlich Hitzeschutzaspekte wie Entsiegelung oder Beschattung berücksichtigen. Siedlungsfläche muss möglichst umfassend durch Vegetation oder kühlende Elemente aufgewertet werden. Wo notwendig auch auf Kosten von Strassenfläche.

Gesundheit schützen – national, koordiniert, präventiv

Hitzewellen gefährden Leben. Wir fordern einen nationalen Hitzeaktionsplan, der klar definiert, welche Massnahmen bei bestimmten Warnstufen automatisch in Kraft treten. Dazu gehören Schattenangebote im öffentlichen Raum, eine flächendeckende Trinkwasserversorgung, gezielte Kommunikationsmassnahmen, angepasste Arbeitsbedingungen und Unterstützung für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen.

Das Gesundheitssystem muss auf zunehmende Hitzebelastung vorbereitet sein – von der Prävention über die Notfallversorgung bis zur Spitalinfrastruktur. Dafür braucht es wissenschaftlich fundierte Grundlagen und die systematische Berücksichtigung klimatischer Risiken in der Gesundheitsstrategie des Bundes.

Gleichzeitig muss der Gesundheitssektor selbst einen Beitrag zum Klimaschutz leisten: Heute ist er für rund sechs Prozent der CO₂-Emissionen in der Schweiz verantwortlich – und trägt damit zur gesundheitlichen Belastung bei, die er gleichzeitig zu lindern versucht. Es braucht deshalb dringend eine Dekarbonisierungsstrategie für den gesamten Bereich. Spitäler, Praxen und Pflegeinstitutionen müssen Materialien effizienter nutzen, Abfälle reduzieren und ihre Energieversorgung auf erneuerbare Quellen umstellen. Nur ein klimaneutrales Gesundheitswesen kann glaubwürdig und wirksam zum Schutz der öffentlichen Gesundheit beitragen.

Öffentlicher Raum: Schatten und Schutz für alle

Nicht alle Menschen können sich bei grosser Hitze an kühle Orte zurückziehen. Deshalb braucht es eine öffentliche Infrastruktur, die auf die Klimaerhitzung reagiert – und zwar für alle. Der öffentli-

che Raum muss auch an heissen Tagen zugänglich bleiben. Dazu gehört insbesondere, dass Wartezonen an Bahnhöfen oder öffentliche Plätze mit einer Schattenpflicht geplant oder nachgerüstet werden. Ebenso zentral ist der flächendeckende Zugang zu kostenlosem Trinkwasser: Öffentliche Wasserspender müssen überall dort zur Verfügung stehen, wo sich Menschen regelmässig aufhalten.

Dabei ist es entscheidend, dass auch Menschen mit wenig Ressourcen von diesen Massnahmen profitieren. Der Zugang zu Schutz und Versorgung darf nicht vom Wohnort oder Portemonnaie abhängen.

Hitze sichtbar machen – für bessere Planung

Was nicht sichtbar ist, wird in der Planung oft nicht berücksichtigt. Die urbane Hitzebelastung muss deshalb systematisch erfasst und in die Naturgefahrenkarte des Bundes aufgenommen werden. Erst wenn Hitzetisiken sichtbar sind, können Städte, Kantone und der Bund gezielt reagieren – etwa mit klimaangepasster Raumplanung oder Notfallstrategien.

Anpassung des Mietrechtes an die Hitzewellen – Mietzinsreduktionen und bauliche Massnahmen

Die GRÜNEN fordern verpflichtende Massnahmen (und nicht nur prüfung wie status quo) von baulichen Massnahmen von Mietwohnungen gegen die Hitze. Ist die Temperatur unzumutbar, braucht es eine automatische Mietzinsreduktion.

Die Grünen fordern die Schaffung eines verbindlichen Standards, ab welcher Innentemperatur ein Mietmangel vorliegt und den Mieterinnen und Mietern in diesem Fall eine anteilige Mietzinsreduktion von rund 10 % zu gewähren. Während nach heutigem Recht bereits Mietminderungen möglich sind, wenn zumutbare bauliche Massnahmen gegen übermässige Hitze – etwa Sonnenstoren – unterlassen werden, wird Hitze an sich häufig nicht als Mangel anerkannt. Mit Schwellenwerten von über 25 °C in Neubauten und über 30 °C in Altbauten soll künftig klar definiert sein, wann die Reduktion greift. Durch die Aussicht auf finanzielle Einbussen entsteht zugleich ein indirekter Druck auf die Vermieterschaft, wirksamen Hitzeschutz umzusetzen, ohne dass per Gesetz lediglich der Einsatz energieintensiver Klimageräte erzwungen würde. Auf diese Weise fördern sie nicht nur Gesundheit und Wohnkomfort, sondern vermeiden auch Konflikte mit der Energiesuffizienz und stärken die Rechtssicherheit für alle Beteiligten.

Gewässer schützen

Die Klimaerhitzung hat auch erhebliche Auswirkungen auf unsere Gewässer. Hitzeperioden begünstigen gesundheitsgefährdende Blaualgen, steigende Temperaturen und Trockenphasen belasten die

Ökosysteme und Starkniederschläge erhöhen das Risiko für Überschwemmungen. Gleichzeitig sind viele Seen durch zu hohe Phosphoreinträge aus Landwirtschaft und Abwasser belastet. Es braucht deshalb verbindliche Massnahmen zur drastischen Reduktion dieser Einträge, eine beschleunigte Sanierung von überbelasteten Seen sowie Warnsysteme für die Gewässernutzung bei Hitze. Denn sauberes Wasser ist auch Schutz vor den Folgen der Klimaerhitzung.

Zugleich braucht es ein Umdenken im Wassermanagement: Trinkwasser muss sparsamer und gezielter genutzt werden – etwa durch Regenwassernutzung und wassersparende Technologien. Während in Städten das Schwammstadt-Prinzip essentiell für Kühlung und zum Schutz vor Starkregen ist, müssen auf dem Land Gewässer naturnaher gestaltet und Gewässerräume gesichert werden. Damit wir auch künftig über genügend Wasser verfügen, braucht es eine nationale Strategie zur gerechten Verteilung, zur Reduktion des Verbrauchs und zum Schutz unterer natürlicher Wasserressourcen.

Arbeitsbedingungen anpassen

Menschen, die draussen arbeiten, sind besonders gefährdet. Deshalb müssen die Arbeitsbedingungen bei Hitze klar geregelt sein. Ab einer vorhergesagten Temperatur von 33 Grad sollen schwere Arbeiten im Freien an nicht dauerhaft beschatteten Orten unterbrochen werden. Natureinflüsse, wie in der SIA-Norm 118 geregelt, müssen bei der Planung und Ausführung von Arbeiten verpflichtend berücksichtigt werden. Es sollen keine Konventionalstrafen gegen Unternehmen verhängt werden können, wenn sie wegen hitzebedingter Arbeitsunterbrechungen in Verzug geraten. Es braucht die Einrichtung eines Schlechtwetterfonds, um Firmen für ihren Arbeitsausfall zu entschädigen.

Mit dem Klimafonds die Ursachen bekämpfen

Die Anpassung an die Klimakrise ist dringend notwendig. Aber sie allein reicht nicht. Wenn wir Hitzewellen, Biodiversitätsverlust und Naturkatastrophen wirklich eindämmen wollen, müssen wir die Ursachen bekämpfen.

Die Schweizer Bevölkerung hat sich mit der Energiestrategie 2050, dem Klimaschutzgesetz und dem Stromgesetz deutlich für Klimaschutz und Energiewende ausgesprochen. Doch ohne gesicherte Finanzierung bleiben diese Ziele unerfüllt.

Die von uns lancierte Klimafonds-Initiative sorgt dafür, dass der Bund jedes Jahr ausreichend Mittel bereitstellt – für Klimaschutz, die Energiewende, den Hitzeschutz, den Erhalt der Biodiversität, soziale Gerechtigkeit und die Bewältigung der Folgen der Klimakrise. Nur so können wir finanzieren, was die Mehrheit der Bevölkerung will – und braucht.